

Kerstin Kubanek

# In Obamaland

Barack Obama, der designierte US-Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, ist allgegenwärtig. Eine Reise in das Herz Amerikas sollte Aufschluss darüber geben, ob es sich bei der „Obamania“ um einen medialen Hype handelt oder ob ein Wandel im politischen Bewusstsein der US-Bürger stattfindet. Eine Reportage von Kerstin Kubanek

Bevor ich mich Ende Juni 2008 in den Urlaub begeben, dominiert in den deutschen Medien vor allem eine Frage: Wer wird Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Hillary Clinton oder Barack Obama? Die Schlacht um die Kandidatur wird medial so stark forciert, dass man vergessen könnte, dass die eigentlichen Wahlen ja erst im Herbst stattfinden. Umso enttäuschter ist man, als Hillary Clinton ihre Kandidatur zurückzieht und Obama ihre volle Unterstützung zusagt. Die „Schlacht“ ist vorüber – der Wahlkampf kann beginnen.

In der Hoffnung, dem verwirrenden Hickhack um Kandidaten von ein und derselben Partei zu entfliehen, fliege ich in das Land, dessen Einwohner gemeinhin als die wohl politisch unbedarftesten gelten. Ich entscheide mich bewusst gegen die Ost- und Westküstenstriche, die jeder USA-Tourist bereist, und gehe in die scheinbar politikfreie Provinz Minnesota. Dabei mache ich auch gleich den entscheidenden Fehler, den so viele Europäer machen: Ich halte die Amerikaner für politisch unwissend und naiv. Schon am zweiten Tag meines Aufenthalts werde ich eines Besseren belehrt. Downtown Minneapolis scheint an diesem Samstag im Protestfieber. Direkt vor einem Scientology-Zentrum demonstrieren Jugendliche, um auf die Machenschaften der Sekte aufmerksam zu machen. Sie tragen allesamt Theaterkostüme und Masken. Ein kleines Pamphlet warnt mich vor zwielichtigen Praktiken einiger Scientology-Anhänger. Als ich ihnen sage, dass ich aus Deutschland komme und die Sekte dort eben aus den von ihnen genannten Gründen nicht als Kirche anerkannt ist, sind sie begeistert.

Nur wenige Meter weiter hat sich eine andere Gruppe versammelt. Sie fordert die Bush-Regierung auf, endlich die Wahrheit über „9/11“ an die Öffentlichkeit zu bringen. Ob ich denn wüsste, dass noch ein dritter Wolkenkratzer bei den Anschlägen zerstört wurde, fragt mich einer der Protestler. Verdutzt muss ich verneinen. Besagtes Gebäude sei nicht von einem Flugzeug getroffen worden und die Zerstörung geheim gehalten worden. Ob ich nicht auch der



Meinung sei, die Bevölkerung hätte ein Recht darauf zu erfahren, was dort wirklich geschehen sei. Das kann ich nur bejahen. Der Mann drückt mir zwei DVDs und eine Broschüre in die Hand und empfiehlt mir, einfach mal ein bisschen zu googeln. Er ist übrigens ebenfalls darüber entzückt, dass ich aus Deutschland komme. Die Amerikaner sind also doch nicht so unpolitisch, wie ich immer geglaubt habe. Ganz im Gegenteil: Ich habe noch nie so viele Vorgärten gesehen, die mit politischen Statements geschmückt sind. Neben der amerikanischen Flagge dominieren „Obama-for-President“-Schilder. Pro Straße gibt es mindestens zwei Häuser, an denen die Besitzer ihre Vorliebe für den Demokraten kundtun. Mich beeindruckt, dass die Schilder nicht selbst gebastelt, sondern maschinell gefertigt sind und in Copy-Läden vertrieben werden. Besonders auffallend ist der Mangel an McCain-Schildern. Ich mache mich bewusst auf die Suche, finde aber kein einziges. Scheinbar gehört es nicht zum guten Ton, die Republikaner zu unterstützen.

Ich diskutiere lange darüber mit meinen Gastgeberinnen Amanda und Ken, die zwar nicht das Haus mit Obama-Plakaten beklebt haben, sich aber ganz klar für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten aussprechen. Viele Amerikaner haben das Gefühl, die Regierung nehme ihre Bedürfnisse einfach nicht wahr, erklären mir die beiden. „Den Republikanern die Präsidentschaft zu überlassen, ist wirklich gefährlich“, sagt Ken. „Sie entziehen sich jeder Verantwortung, die ein Staat gegenüber dem einzelnen Bürger hat.“ Er bezieht sich damit auf aktuelle Ereignisse, die so manchen beunruhigen. Wenige Wochen vor meiner Ankunft starben einige Menschen nach dem Verzehr von Tomaten. Das Gemüse war mit Salmonellen verseucht. Seitdem wird die Kritik an der vernachlässigten Überwachung der Lebensmittelindustrie lauter. Deutlich ist ein Umdenken in der Bevölkerung zu spüren. Obamas Schlachtruf: „Change we can believe in“ ertönt in einer Zeit, in der vielen Amerikanern schmerzhaft bewusst wird, dass Veränderungen in dem Land dringend notwendig sind. Minneapolis ist noch immer traumatisiert vom Einsturz der Interstate-35-W-Brücke über den Mississippi. Zahlreiche Fahrzeuge wurden dabei in den Fluss gerissen, die Insassen teilweise schwer verletzt. Die Brücke war rund 100 Jahre alt. Während meines Besuchs dauern die Aufbauarbeiten an.

Doch das ist nur ein Beispiel dafür, wie stark sich der amerikanische Staat aus seinem Aufgabenbereich zurückzieht. Viele Straßennetze in Minnesota sind privatisiert. Wartungen finden dementsprechend nicht nach Notwendigkeit statt, sondern nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung – mit fatalen Folgen. Obama verspricht eine Verbesserung der Infrastruktur und trifft damit, zumindest in Minnesota, den Nerv der Zeit. Als ich mir die Häuser von Minneapolis und der Schwesterstadt St. Paul ansehe, schlägt mir die Kriegsmüdigkeit der US-Bürger mit aller Wucht entgegen. Nahezu jedes Haus ist mit einem „Support our troops – bring them home“ versehen. Es ist, als wollten die Eigen-

tümer dem Passanten versichern, dass sie friedliche Menschen sind. Die meisten der Kriegsgegner sehen weder einen ideologischen noch einen wirtschaftlichen Sinn im Irakkrieg. Das Haushaltsdefizit der USA steigt zudem unaufhörlich, die Immobilienkrise macht vielen Familien schwer zu schaffen. Hinzu kommt der steigende Ölpreis, der sich an den Tankstellen bemerkbar macht. Der enorme Kraftstoffverbrauch amerikanischer Vans ist in den Portemonnaies nun schmerzhaft zu spüren. Viele versuchen deshalb derzeit, ihre dicken „SUVs“ loszuwerden. Die Gebrauchtwagenhändler stellen ein Überangebot dieser Fahrzeuge zur Schau. Erstaunlich viele Amerikaner sind, wie ich, mit dem Fahrrad unterwegs. Ist hier ein Sinneswandel zu erkennen? Bisher habe ich erlebt, dass Fahrräder in den USA vor allem als Sportgeräte betrachtet werden. Nun fahren die Leute damit auch zur Arbeit und in die Stadt. Ich hatte auch nicht erwartet, ausgerechnet von den Amerikanern zum Energiesparen aufgefordert zu werden. Fast jede Werbefläche, ob an Bussen, auf Leinwänden oder in Zeitungen, preist Energie sparende Produkte an und ruft zu einem stärkeren Engagement für die Umwelt auf. Das verwundert mich, denn alle Geräte, die ich bei meinen Gastgebern entdeckte, verbrauchen dermaßen viel Strom, dass es fast schmerzt, sie anzuschalten.

Es sind also nicht einfach nur die Medien, die die „Obamania“ verbreiten und das viel gepriesene Charisma des Demokraten nutzen. Obama spiegelt tatsächlich die Hoffnungen vieler Amerikaner wider – zumindest in Minnesota. Sie wollen eine Veränderung, suchen nach Alternativen, die sie der Bush-Regierung und der Republikanischen Partei offenbar nicht mehr zutrauen. Vor meiner Rückreise schlendere ich noch einmal durch die „Mall of America“, eines der größten US-Einkaufszentren. Ein Souvenirladen bietet eine Standfigur Obamas für 20 Dollar an. Ich stehe lange davor und überlege, sie mitzunehmen, da auch ich mittlerweile den US-Bürgern eine politische Neuausrichtung wünsche. Doch ich entscheide mich dann doch lieber für eine Elch-Tasse, denn schließlich ist der sympathische Senator aus Illinois ja noch nicht einmal offiziell Präsidentschaftskandidat. ■

Kerstin Kubanek ist News Assistant beim internationalen Fernsehsender CNBC Europe und promoviert zurzeit im Bereich amerikanische Kunst und Kulturgeschichte.